

Jahrgang · März 2003

Koelner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie  
D 8147

# Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie

Herausgegeben von  
Jürgen Friedrichs, Karl Ulrich Mayer  
und Wolfgang Schluchter

dem Inhalt:

**Christin Heidenreich:** Territoriale Ungleichheiten in der erweiterten EU

**Thomas Bulmahn:** Zur Entwicklung der privaten Altersvorsorge.

**Wolfgang Imitola:** Organisationsniveau und erwartete Absicherung im Alter

**Ulrike Sabrina Kraemer und Gerald Schneider:** Faire Formeln, Psychologische und prozedurale Einflussfaktoren auf die Lösung von distributiven Konflikten

**Ulrich Hank:** Eine Mehrebenenanalyse regionaler Einflüsse auf die Gründung westdeutscher Frauen in den Jahren 1984 bis 1999

**Ulrich Klein:** Gibt es die Generation Golf? Eine empirische Inspektion

**Christoph Hilmer:** Altersstruktur und Karrierewege der Professorinnen

**Ulrich Professore:** Professoren in der deutschen Soziologie

**Ulrich Professore:** prechungsessay:

**Ulrich Professore:** Neue Schriften zur Max Weber Forschung

führliche Literaturbesprechungen

Verlagsgesellschaft für Sozialwissenschaften in Leipzig

INSTITUT FÜR SOZIOLOGIE  
der Universität Heidelberg  
- Bibliothek -

### III. Literaturbesprechungen

#### POLITISCHE SOZIOLOGIE

Wolfgang Streeck und Koza Yamamura (Hrsg.): *The Origins of Nonliberal Capitalism. Germany and Japan in Comparison*. Ithaca/New York: Cornell University Press 2001. 261 Seiten. ISBN 0-8014-3917-5. Preis: £ 29,50.

Der Sammelband von Wolfgang Streeck und Koza Yamamura widmet sich in doppelter Hinsicht einem hoch aktuellen Thema. Er führt die Auseinandersetzung um die neoliberale Herausforderung und ihre Alternativen weiter. Indem er dies nur, leiser, aber zugleich auch einen empirischen Beitrag zum interkulturellen Vergleich Japans und Deutschlands. Er trägt damit ebenso zur Diskussion um Divergenz und Konvergenz unterschiedlicher Kapitalismen bei. Der Beschäftigung mit diesem Thema kommt zugute, dass sich die vorgelegten Analysen des „nicht liberalen Kapitalismus“ in Deutschland und Japan nicht von alten Theorieschichten überschattet zeigen. Vielmehr wird statt dessen ein interdisziplinärer empirisch-historischer Zugang versucht, dem es gelingt, mit einigen wenigen theoretischen Ein-gezeigen und materialreichen Untersuchungen dem Thema Konturen zu verleihen. Wolfgang Streeck übernimmt in seiner 38seitigen Einleitung die Aufgabe, einige der zentralen Ausgangspunkte einer solchen Perspektive zu konkretisieren. Er tut dies, indem er von Anfang an der theoretischen und politischen Provokation, die in der Unterscheidung von liberalen und nicht liberalen Kapitalismus liegen könnte, die Spitze nimmt. Er schreibt: „There has by and large been agreement that the German and Japanese economies are in a number of respects more socially and politically regulated, and in this sense less liberal, than their Anglo-American counterparts“ („Obviously, liberalism is a matter of degree and there can be no economies that are completely liberal“). Zum anderen zitiert sie auf eine institutionelle und soziale Einbettung von Märkten, die dadurch definiert ist, dass Transaktionen anderen

als ökonomischen Zielen dienen und durch diese beschränkt werden. Andere gesellschaftliche Institutionen als Märkte weisen den ökonomischen Transaktionen ihren legitimen Platz und ihre legitime Reichweite zu (2). Damit gewinnt Streeck einen durch den weit gefächerten Institutionalismus in der soziologischen und ökonomischen Diskussion gedeckten Ausgangspunkt, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Japan und Deutschland zu unterschiedlichen Perioden herauszuarbeiten und vor der Vergleichsfolie des anglo-amerikanischen Kapitalismus zu konturieren. Dabei geht es nicht um eine mögliche Devianz des „nicht liberalen“ Kapitalismus, sondern vielmehr steht der Leitsatz im Mittelpunkt, dass der Weg jedes Landes ein Sonderweg ist. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Infragestellung des nicht liberalen Kapitalismus zeigt Streeck die drei zentralen Untersuchungsperspektiven des Sammelbandes auf: wie es zur Entstehung des nicht liberalen Kapitalismus kam, welche Gründe für die Entstehung unterschiedlicher Varianten verantwortlich zeichnen und worin ihre Kohärenz angesichts des umfassenden Wandels begründet liegt (4).

Die Autoren des Sammelbands suchen in jeweils unterschiedlichen Dimensionen Antworten auf diese Fragen. Lehnbuch stellt die Frage nach den Ursprüngen des nicht liberalen Kapitalismus bezogen auf Diskurskoalitionen, die in unterschiedlichen gesellschaftlichen Phasen und Perioden die institutionelle Einbettung des Kapitalismus vorangetrieben haben. Er interessiert sich dabei nicht nur für die Weibhilder und Glaubenssysteme der Eliten, sondern auch dafür, wie diese Diskurse strukturierten konnten, die in der Folge zu einem institutionellen Wandel beigetragen haben (43). Er zeigt, wie Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts in beiden Ländern Diskurskoalitionen sich durchsetzten, die eher auf staatsliberalen und Regulatorien von Staatssicherungen und in Deutschland die liberale Entwicklungsorientierung der politisch-administrativen Eliten ablöse. Japan zeigte sich dabei bekannterweise sehr stark von der deutschen Perspektive beeinflusst. Lehnbuch dekliniert diese Diskurskoalitionen in Japan und Deutschland über unterschiedliche Perioden hinweg durch. Er kommt

zu dem Schluss, dass die mit ihnen verbundenen einbettenden Institutionen sehr viele grundlegende Änderungen in beiden Ländern erfahren haben, aber in ihren grundlegenden Charakteristika identifizierbar blieben, da sie sich in ihrer Entwicklung als präkonditioniert erwiesen (91).

Manow bringt im Anschluss an Lehnbuch die Wohlfahrtsstaaten in seinem Beitrag zur ökonomischen Entwicklung ins Spiel. Unter Hinweis auf die verschiedenen, gleichwohl aber funktional äquivalenten Mechanismen wohlfahrtsstaatlicher Regulierung in Deutschland und Japan spürt er in beiden Ländern dem „industrial achievement-performance model of social policy“ nach. Die Zielgruppen der Wohlfahrtsprogramme sind für ihn in beiden Ländern eher die gut bezahlten, hochqualifizierten Arbeitskräfte. Bei allen Unterschieden – der wirtschaftlichen Aufholproblematik in Japan und der Integrationsproblematik in Deutschland – sieht er in diesem Fokus wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen auf die Kernarbeitsplätze der Arbeiterviertel einen wichtigen Grund für die Entstehung und Stabilisierung eines nicht-liberalen Kapitalismus in beiden Ländern (118). Gerade in diesem Aspekt ist seines Erachtens der Unterschied zu den USA, England und beispielsweise Australien auffällig. Dies gilt jedoch auch für die korporatistischen Strukturen, die Jackson, aber auch Vitos in ihren Beiträgen in den Mittelpunkt rücken.

Jackson weist in der korporatistischen Strukturierung des Eigentums und des Marktes für Unternehmenskontrolle auf die Ähnlichkeiten zwischen Deutschland und Japan hin, die insbesondere in der historischen Tradition der starken und großen Familienunternehmen sowie in der netzwerkförmigen Konzentration von Unternehmenssiegeln in den Händen großer Anteilseigner und Banken liegen. Er sieht hier wichtige Wurzeln eines nicht liberalen Kapitalismus liegen. Der Gefahr einer Trockenlegung dieser Wurzeln durch eine stärkere Fragmentierung des Eigentums standen in beiden Spielarten des nicht liberalen Kapitalismus entsprechende Institutionen und Gesetze entgegen. Eine Orientierung an der Maximierung von Kapitalmarkterträgen setzte sich deswegen nur begrenzt durch (127). Neben den Gemeinsamkeiten zeigen sich aber auch die Unterschiede in beiden Ländern deutlich. In Deutschland hielt der „Managerialismus“ in stärkerer Weise Einzug und auch die Bankenkontrolle sowie die kontrollierende Rolle des Aufsichtsrates hatten eine größere Bedeutung (145). Dies gilt auch für das „industrial citizenship“, das Jackson als ein zentrales Element des nicht liberalen Kapitalismus ausweist. Im Kern handelt es sich dabei darum, dass Arbeitnehmerrechte im

nicht liberalen Kapitalismus im jeweiligen System der „cooperative governance“ an Einfluss gewinnen (146ff). Jackson erklärt dies am deutschen Weg zur Mitsprache ebenso wie am Beispiel des japanischen Weges zu „lifetime employment“ und „joint consultation“ (160ff).

Daran anschließend untersucht Vitos die Wurzeln des nicht liberalen Kapitalismus in der Entstehung von bankbasierter Finanzsystemen, die er von marktbasierenden unterscheidet. Dabei beschäftigt er sich mit der „Timing of Industrialization Thesis“ (172ff) und zeigt auf, dass in der frühen Phase der Industrialisierung der Beitrag der Banken überschätzt wurde. In beiden Ländern war die Kreditpolitik der Banken eher konservativ und hauptsächlich auf die umstärkten Industrieunternehmen bezogen (197). Auch seien die Unterschiede zu den USA noch nicht sehr groß gewesen. Erst die in der Nachkriegsperiode zu Tage tretenden Wucherzinsen in der Frage, wie finanzielle Stabilität zu erreichen sei und ob mit dem Finanzsystem andere politische Ziele verfolgt werden sollen, sorgten für die beträchtlichen Unterschiede. Dabei spielen die Stärke der gegen die Marktregulierung gerichteten Kräfte ebenso eine Rolle wie die gesellschaftliche Organisation des Faktors Arbeit. Sie sorgen dafür, dass in den USA ein marktbasierendes Finanzsystem entstand, das deutlich mit dem bankbasieren in Deutschland und dem noch stärker staatsregulierten bankbasieren Finanzsystem in Japan kontrastiere (198).

Als letzten, aber nicht unwichtigen Aspekt fassen Thelen und Kume dem Vergleich noch die unterschiedlichen Aus- und Weiterentwicklungssysteme hinzu („solidaristic“ versus „segmentalist“ strategies) und zeigen auch hier auf, dass die Unterschiede auf frühe industrielle Perioden der Entstehung der Aus- und Weiterentwicklungssysteme zurückgehen (201ff) und vor allem mit den damaligen staatslichen Politiken zusammenhängen. Während in Deutschland der Staat jedoch den Handwerkssektor organisierte (205ff), blieb Ähnlichkeit in Japan aus. Dies hatte ebenso Konsequenzen für das Zusammenspiel von Industrie und Handwerk wie für die entstehende Arbeiterbewegung. Und beides prägte die bis heute erkennbaren Entwicklungsphide Japans und Deutschlands maßgeblich (225f).

Durch die unterschiedlichen Dimensionen hindurch bietet der Sammelband instruktive Einblicke in die historische Genese der Unterschiede zwischen liberalen und nicht liberalen Spielarten des Kapitalismus und führt differenziert die Gründe für diese an. Es wird eine multivariante Erklärung der Entstehung der verschiedenen Varianten des nicht liberalen Kapitalismus angebo-

ten und die heute noch erkennbare Kohärenz fast durchgängig mit der Pladabhängigkeit der Entwicklung begründet. Dafür liefert der Sammelband theoretisch lehrreicher sehr viel Material. Gleichwohl bleibt die Schnauze nach einer theoretischen Re-Interpretation, die bei Suceck sehr wohl anknüpft, insgesamt aber wenig befriedigt bzw. weitgehend dem Leser überlassen bleibt. Dies ist jedoch weniger dem instrumentellen Charakter des Sammelbandes zuzurechnen, als dem derzeitigen Stand der Kapitalismustheorie. Ein neues Theoriemodell scheint bei ihr noch nicht in Sicht (und auch der neue Institutionalismus bietet es nicht), und die alten kapitalismustheoretischen Schachern sind lange genug geschlagen worden. Nichtsdestoweniger bieten die auf Vergleichbarkeit ausgerichteten Analysen des Sammelbandes eine außerordentlich fruchtbare Perspektive auf die institutionell begründete Divergenz und Pladabhängigkeit von gesellschaftlicher Entwicklung und können eine intensive Beschäftigung.

Markus C. Pahlmann

*Max Kaase and Vera Spanich, co-edited by Agnieszka Werningger* (Hg.): *Three Social Science Disciplines in Central and Eastern Europe. Handbook on Economics, Political Science and Sociology* (1989–2001). Bonn/Berlin: GESIS (IZ). 668 Seiten. ISBN 3-8206-0139-2. Preis: € 44,90.

Die bevorstehende EU-Integration der meisten osteuropäischen Länder veranlasste führende Wissenschaftler von Collegium Budapest und vom Wissenschaftszentrum Berlin – unterstützt durch die Europäische Kommission und in enger Zusammenarbeit mit GESIS/Berlin sowie weiteren, unter anderem auch französischen Instituten – eine vergleichende Untersuchung über die Entwicklung der Sozialwissenschaften Osteuropas seit 1989 zu organisieren.

Trotz der hohen Zahl der Erörterer ist hier – anders als es anderweitig nicht selten der Fall ist – nicht ein Monstrum, sondern ein gut gegliedertes, und in vielfältiger Weise nützliches, gut lesbares und sehr informatives Werk entstanden. Die Herausgeber haben bereits durch die Vorgezogenen Länder beigetragen. Wie es im Titel heißt, werden in der Arbeit drei sozialwissenschaftliche Disziplinen behandelt: in allen drei Fällen werden (in der Abfolge des englischen Alphabets) in je einem Aufsatz Bulgarien, Tsch-

chien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien präsentiert. Bereits dies ergibt die stattliche Zahl von dreißig Studien. Trotz dieser imponierenden Anzahl der analysierten nationalen Wissenschaften ließe sich die Nichtberücksichtigung weiterer mehr oder weniger charakteristischer Beiträgerdaten monieren. Das Argument der Herausgeber ist jedoch plausibel: Forschungskapazitäten und Zeitplan hätten eine solche Erweiterung unmöglich gemacht. Auch die Verschiebung des Beitrags mehrerer der hier präsentierten Länder kann den Herausgebern nicht zur Last gelegt werden. Insgesamt verständlich, aber dennoch bedauerlich ist das Nichtbehandeln der Ex-DDR.

Auch durch die Begrenzung der behandelten Disziplinen auf Ökonomie, Politikologie und Soziologie wird die Leistung des Bandes nicht geschmälert. Eine thematische Ausweitung jenseits dieser drei Disziplinen hätte wohl verhindert, den Stoff in einem Band zu präsentieren; dieser ist auch so inmerhin 668 Seiten stark. Und was das Inhaltliche betrifft, wie viele zusätzliche Disziplinen hätten bearbeitet werden sollen? „Sozialwissenschaften“ sind ein denkbar breiter und nicht unumstrittener Begriff. Nichts spricht eher dafür, dass als Kompromiss gegenüber einer denkbaren maximalen Position gleichsam in Vertretung aller fehlenden Disziplinen am Ende des Bandes je ein Aufsatz aus der Feder von vier Autoren bzw. Autorinnen jeweils eines verschiedenen Landes über osteuropäische Kultur- und Sozialanthropologie, Demographische Geographie und Transformation sowie Jurisprudenz dargeboten wird. Dazu tritt noch ein Hinweis auf einen anlässlich der abschließenden Redaktionkonferenz gehaltenen Vortrag über Geschichte.

Diese dreimal zehn Studien sind zwar das Gerüst des Werkes, jedoch stehen einseitig einleitend zwei allgemeinen einführende Essays, andererseits gibt es zu jedem der drei Disziplinenbereiche einen einführenden sowie einen abschließenden Aufsatz. Dies gilt leider nicht für die Ökonomie, wo der abschließende Aufsatz ohne Begründung fehlt. Dies relativiert sich allerdings insofern etwas, weil es auch bei den anderen beiden Disziplinen nicht ganz klar wird, mit welcher Funktion der eine Aufsatz vor und der andere nach den zehn Länderberichten steht.

Als Einleitung steht je ein Essay von Andrei Plešu über Finanzierungsprobleme beziehungsweise von Elemer Hankiss über die bisherigen sieben Phasen osteuropäischer Sozialforschung vor und nach 1989 sowie über die Ausichten. Beide Texte wurden zwar auf anderen Tagungen vorgelesen und leiten nicht im ei-

gestellten Sinn in das Handbuch ein, sind jedoch von hoher Qualität und stimmen – vor allem der von Hankiss – den Lesern gut in den eigentlichen Stoff des Handbuches ein. Es folgen dann die Beiträge in Nationalökonomie, Politikologie, Wissenschaft und Soziologie. Jedem der dreißig Autoren wurde je ein so genannter Diskurs zugeordnet, der zur Erfassung des Textes kommentar abgab und all dies wurde dann am Collegium Budapest in einer abschließenden Diskussionsrunde beraten, was zum Entstehen der definitiven Fassung der Aufsätze führte. – Was dieser selbst betrifft, so wurde den Autoren freigelegt, auch Literatur anzufügen; von dieser Möglichkeit haben alle Gebrauch gemacht, bis auf die bedauerliche Ausnahme des Verfassers des politischen Polytologenaufsatzes. Allerdings weist die Länge der Literaturzitate eine ziemliche Streuung auf; sie sind zwar durchschnittlich 1 bis 2 Seiten lang, doch es gibt gerade im Falle von kleineren Ländern mit später entwickelten Wissenschaften auch 7 bis 8 Seiten starke Listen. Dadurch ergibt sich freilich noch kein Maßstab, weder für die Reife einer nationalen Wissenschaft noch für die Beherrschung eines Autors.

Ähnlich schwierig gestaltet sich der Vergleich verschiedener nationaler Disziplinen wegen der unterschiedlichen Länge und vor allem des Inhalts der Aufsätze. Die Strukturvorgabe der Herausgeber dient zweifellos als ein Korrektiv zur Voreinstellung und zur Vergleichbarkeit der Aufsätze; diese Absicht lässt sich an den Texten insoweit erkennen, als die empfohlene Abfolge – Situation vor 1989, neue theoretische, methodologische und organisatorische Entwicklungen seit 1989, sowie Zukunftsperspektiven – in den Texten sichtbar ist. Doch dann können oft beträchtliche Unterschiede sowohl der nationalen Wissenschaftsentwicklung als auch der Individualität der Autoren wahrgenommen werden. Schließlich werden auch die einer Wissenschaft durch die Geschichte gegebenen Entwicklungen und die durch die sowjetische Vergangenheit verursachten Zwangsmaßnahmen erkennbar. Letzteres wird durch die unterschiedliche Länge und Intensität der Auseinandersetzung mit der – sowjetischen – Vergangenheit deutlich. Besonders fällt dies bei dem herrschenden Aufsatz zur Ökonomie auf; während die Ära vor 1989 anderweitig in 1–2 Seiten erledigt wird, nimmt hier (102ff.) ein bis in das 16. Jahrhundert zurückgehender Bericht über Landtags Volkswirtschaftslehre sechs Seiten ein. Nicht ganz so lang sind dann die beiden anderen letzten Aufsätze. Auch der ernische Ökonombeitrag befasst sich ausführlich mit der Vor-

geschichte, während die beiden anderen ernischen sowie die drei litauischen Beiträge ebenfalls überdurchschnittlich, aber nicht ganz so lang sind. Auf der anderen Seite erhält die Behandlung der Wissenschaftsentwicklung in der Slowakei dort, wo es Bemühungen um Sonderwege gab – in Polen und Ungarn sowie in den zum kurzen Prager Frühling von 1968 führenden kurzen Jahren – eine nicht immer ausführliche Behandlung.

Sicherheit verraten diese Hinweise quantitativer Art an sich noch kaum etwas über die Qualität der erwähnten Beiträge, über theoretische Innovationen und empirische Untersuchungen, doch mehr als solche Hinweise sind in einem knapp zu gestaltenden Rezension nicht möglich. An die 40 durchschnittlich etwa 18 Seiten lange Essays können inhaltlich nicht reifert werden, besonders die Hervorhebung einiger besonders bedeutsam erscheinender Studien wäre ungerne gegenüber anderen. Ähnliches gilt für die Person der Autoren, unter denen teilweise international anerkannte Experten ihres Faches zu finden sind. Was Kritik anbelangt, ist über das oben bereits Angesprochene kaum etwas zu sagen. Der Rezensent muss schon in die Niederungen des Druckfehler-Tiefes hinuntersteigen, um etwas zu beantragen. Die Tatsache, dass ungarische Namen sehr oft nicht korrekt geschrieben werden, ist nicht neu, doch dass dies in einem in Ungarn herausgegebenen und von Ungarn mitredigierten Buch vorkommt, sollte vermehrt werden, zumal es sich um durchaus bekannte Personen handelt (der führende Reformier heißt nicht Nera sondern Nyers, 138; der Schriftsteller und Politiker heißt nicht Curka, sondern Csutka, 220). Doch es gibt auch „Berley“ (262). Dies sind jedoch Bagatelien angesichts der Vorzüge des Werkes. Herausgeber und Redakteure haben gute Arbeit geleistet. Denn Leser sei empfohlen, dieses gut zusammengeordnete und inhaltlich hochwertige Handbuch in allen Fragen zu konsultieren, die die osteuropäischen Sozialwissenschaften wie auch die Geschichtsbücher betreffen.

Das Handbuch empfiehlt sich auch mit seinem Anhang. Der Leser findet folgende Verzeichnisse: Institutionen nach Ländern gegliedert, Personverzeichnis, Mitarbeiter (sehr ausführlich), sowie die für Redaktion und Herausgeber verantwortlichen Organisationen, unter denen die Behörde GESIS noch einmal erwähnt sei. – Schließlich ist hervorzuheben, dass dem Handbuch eine CD-ROM beigegeben ist, wodurch auch signalisiert werden soll, dass die volle Digitalisierung des Werkes vorbereitet wird.

Bilfin Balla